



Resolution

Eingebracht durch Pakistan und China

"Neue Regelungen für internationale Finanzmärkte"

Die Kommission für Wirtschaft und Handel,

feststellend, dass die Krise bereits einen gesamtwirtschaftlichen Schaden in Höhe von mindestens 10 Billionen Euro verursacht hat,

bedauernd, dass viele Länder von der Finanzkrise finanziell und/oder wirtschaftlich stark getroffen wurden, ohne diese selbst verschuldet zu haben,

erkennend, dass die Bündelung verbriefteter Kreditforderungen, insbesondere der US-Immobilienkreditforderungen, und deren globaler Weiterverkauf die Krise dramatisch verschärfte,

überzeugt, dass es international verbindliche Abkommen geben muss, um den multilateralen Finanzmarkt stärker zu regulieren,

feststellend, dass die Bemühungen der WTO, OECD und Weltbank um eine faire und liberale Wirtschaftsordnung zum heutigen Zeitpunkt noch nicht erfolgreich war,

1. bittet, dass alle Länder sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu verpflichten weitere Staatsbürgschaften und Stabilisierungspakete zu vergeben, um Vertrauen in den globalen Devisenhandel zu manifestieren;
2. legt dringend nahe das UN Entwicklungsprogramm, den IWF und die Weltbank stärker kommunikativ zu vernetzen und mit zusätzlichen Finanzmitteln auszustatten, um die wirtschaftlichen und humanitären Folgen der Finanzkrise abzumildern;
3. fordert, dass die Autonomie nationaler Finanzpolitik bestehen bleiben muss;
4. verlangt eine der Konjunktorentwicklung angepasste Erhöhung internationaler Leitzinsen, um der globalen Inflation entgegenzuwirken;

5. fordert ein Verbot der Spekulation mit Lebensmittelpreisen;
6. fordert Kreditbündelungen auf ein Maximalvolumen zu beschränken;
7. legt nahe, dass die Finanzkrise durch die Einführung einer globalen Bad Bank eingedämmt werden sollte, nach schwedischem Vorbild aus den 90- er Jahren;
8. schlägt vor das Finanzsystem enger an die Realwirtschaft zu koppeln;
9. berücksichtigt auch in Zukunft die Berichte der OECD und der Weltbank;
10. beschließt mit der Sache befasst zu bleiben.